

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion zum Antrag der AfD-Fraktion

Honorarkräfte an den Musikschulen besserstellen – Drucksache 19/0240

Das Abgeordnetenhaus wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Honorarkräfte an Musikschulen unterstützen

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Das Abgeordnetenhaus ersucht den Senat, alle geeigneten Rahmenbedingungen zur Erreichung folgender Ziele für Honorarbeschäftigte an Musikschulen zu prüfen und zu schaffen:

- Bezahlung an Feiertagen
- Bezahlung im Krankheitsfall
- Bezahlung von fremdverschuldetem Unterrichtsausfall

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. Juli 2026 zu berichten.

Begründung

Trotz der in der Vergangenheit erfolgten Honoraranpassungen finden Musiklehrkräfte an Berliner Musikschulen nach wie vor teils prekäre Arbeitsbedingungen vor. Die aktuelle Situation im Musikschulwesen – insbesondere die durch das sogenannte „Herrenberg-Urteil“ des Bundessozialgerichts ausgelösten Unsicherheiten bezüglich der Scheinselbstständigkeit – macht eine deutliche Aufwertung der verbleibenden Honorarverhältnisse unumgänglich.

Parallel zur notwendigen Erhöhung der Festanstellungen müssen auch die verbleibenden Honorarverträge so ausgestaltet werden, dass sie den Beruf attraktiver machen und fachlichen Nachwuchs generieren. Hierbei sind folgende Punkte zentral:

- **Soziale Absicherung:** Zur Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen gehören zwingend die Bezahlung an Feiertagen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Vergütung bei fremdverschuldetem Unterrichtsausfall.
- **Anerkennung von Mehrarbeit:** Oft wird von Honorarkräften erwartet, neben dem eigentlichen Unterricht weitere Aufgaben wie Vorspiele oder Elterngespräche zu übernehmen, die häufig gar nicht oder nur unzureichend bezahlt werden.
- **Fachkräftesicherung:** Nur durch faire Arbeitsbedingungen, die über die reine Unterrichtsstunde hinausgehen, kann Berlin im Wettbewerb um qualifizierte Musikpädagogen bestehen.

Der Senat ist aufgefordert, diese Bezahlungsaspekte im Rahmen seiner Möglichkeiten zügig voranzubringen, um eine Gleichbehandlung und soziale Absicherung der Lehrkräfte zu gewährleisten.

Berlin, den 23. April 2026

Dr. Brinker Wiedenhaupt Eschricht Trefzer
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion